Nr. 10 — Jahrgang 20 Einzelnummer 0,10 Zł. Dienstag, den 23. Januar 1934

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zł. für die achtgespaltene Zeile, ausserhalb 0.15 Zł., Anzeigen unter Text 0.60 Zł., von ausserhalb 0.80 Zł. Bei Wiederholungen tarifliche Ermässigung.
Redaktion und Geschäftsstelle: Katowice, Dworcowa 11

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei in Polen

Abonnement: Monatlich 1.50 Złoty. — Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Katowice, Dworcowa 11, durch die Filiale Król. Huta, 3-go Maja 6, sowie durch die Kolporteure
Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr 1378

Die deutsche Antwort in Paris

Kein Entgegenkommen an die französischen Wünsche. Deutschland will Zeit gewinnen.

Die deutsche Antwort auf das französische „aide memoire" ist Sonnabend dem Botschafter Francois-Poncet übergeben worden. Die Tendenz der Antwort zielt in erster Linie auf direkte Verhandlungen in der Abrüstungsfrage mit den beteiligten Mächten hin, ohne dass Deutschland genötigt werde, nach Genf zurückzukehren. Die deutsche Antwort geht auf alle Punkte der französischen Fragen ein, umgeht aber klare Antworten, indem sie in politischer Hinsicht mit sich reden lassen will, ohne dass daraus eine Annäherung an die beiderseitigen Standpunkte geschlossen werden kann. Der Hauptwiderstand bezieht sich auf die Bewährungsfrist, in welcher Deutschland die schwere Bewaffnung erst im II. Abschnitt zugestanden wird, wenn die Reichswehr in eine kurzfristige Miliz umgewandelt wird. Hier scheint es Deutschland auf einen Ehrenstandpunkt ankommen zu lassen, wenn es auch über den Effektivstand der Reichswehr auf 300 000 Mann verhandeln will. Ferner verlangt Deutschland, dass nicht nur Frankreich, sondern auch die anderen Mächte nihre Angriffswaffen, wie Bombenflugzeuge, vernichten, während Deutschland seinen Heeresumbau vollzieht. Was die Kontrolle betrifft, so ist Deutschland mit dieser auch hinsichtlich der SS und SA einverstanden, wenn auch die anderen Mächte eine ähnliche Kontrolle auf sich nehmen.

In Paris herrscht der Eindruck vor, dass Deutschland mit seiner Antwortnote Zeit gewinnen wolle und vor allem auf die Uneinigkeit in der Abrüstungsfrage innerhalb der Mächte seine Vorteile ziehen will. Im allgemeinen sei die Antwort sehr entgegenkommend in der Form, in sachlichen Beziehungen biete es keine grundsätzlichen Konzessionen, wie sie die französische Regierung auf ihr „aide-memoire" erwartet hat. Sachlich ist also durch die deutsche Antwort kein Fortschritt in den französisch-deutschen Beziehungen erzielt worden.

Stawiskis Geist in der französischen Kammer

Unerhörte Skandalszenen bei Besprechung der Stawiskiaffaire. — Feiglinge und Schufte als „Kosenamen". — Ohrfeigen in den Wandelgängen. — Duellforderungen

Bei der grossen Interpellationsrede des Abgeordneten **Henriot** über den **Stawiski-Skandal** nannte dieser eine ganze Reihe von radikilsozialistischen Abgeordneten, die in frühere Affären ähnlicher Art verwickelt waren, darunter den Abgeordneten **Hesse**, den Luftfahrtminister **Cot**, den eben zurückgetretenen Minister **Dalimier** und den Unterrichtsrichtsminister **de Monzie** und zuletzt **Bonnaure**, gegen den er die bekannten Vorwürfe betreffend die Konferenz von Stresa und die Affäre Stawiski wiederholte. Er beschuldigte ihn auch, die Einstellung der Aktion gegen eine Zeitungsgesellschaft, an der Stawiski interessiert war, begünstigt zu haben. Die Witwe Stawiskis, sagte Henriot, ist 1926 wegen Diebstahl angeklagt gewesen und damals haben ihr zwei Politiker als Rechtsanwälte beigestanden, die **heute** auf der Regierungsbank sitzen. Als diese Worte fielen, erhob sich in den Reihen der Linken ein **unbeschreiblicher Tumult.** Die Abgeordneten trommelten mit den Fäusten auf die Pultdeckel, sprangen auf und schrien durcheinander. Man hörte immer wieder die Worte: „Namen nennen!" Henriot schrie in den allgemeinen Tumult: „Die zwei Herren waren **Paul Boncour** und **de Monzie.**" Der Lärm steigerte sich derart, dass der Präsident die Sitzung abbrach. Henriot wurde von seinen Kollegen zu seiner Rede beglückwünscht. Sofort trat der Unterrichtsminister de Monzie auf Henriot zu und rief ihm **mit drohend erhobenen Fäusten** entgegen: „Wiederholen Sie Ihre elenden Verleumdungen, wenn Sie es wagen, wiederholen Sie Ihre Worte, sagen Sie noch einmal das, was Sie auf der Kammertribüne gesagt haben!" Henriot antwortete aber nicht. Darauf schrie de Monzie: „Sie sind ein Schuft, verstehen Sie. Ich bin als Kranker aus dem Bett gesprungen, um Ihnen das hier zu sagen. Ich habe niemals mit Frau Stawiski Beziehungen unterhalten, ich weiss von der ganzen Geschichte nichts. Sie sind ein Schuft und ein Feigling." Die anwesenden etwa 200 Personen, Deputierte und Journalisten, gerieten über diesen Ausbruch des Unterrichtsministers in grosse Erregunng, so dass es zu lebhaften Auseinandersetzungen kam. Es währe wahrscheinlich zu einem allgemeinen Handgemenge gekommen, wenn nicht einige überlegte Personen zur Ruhe gemahnt hätten. Ein zur Schlichtung des Konfliktes zwischen de Monzie und Henriot eingesetzes Ehrengericht konnte die beiden Parteien nicht zu einer Einigung unter Gewährung gegenseitiger Genugtuung auf friedlichem Wege überreden. Infolgedessen wird die Austragung des Streites durch ein Pistolenduell erfolgen, zu dem de Monzie den Abgeordneten Henriot gefordert hat.

Nach den geschilderten Vorgängen in der Kammer kam es dann in den Wandelgängen zu einem ausserordentlich heftigen Streit zwischen zwei Abgeordneten, der in schwere Tätlichkeiten ausartete. Der sozialistische Arbeiterführer Grosillier hatte den nationalistischen Abgeordneten und Direktor der Zeitung „Liberte", Perry, wegen eines in diesem Blatte erschienenen Artikels, in dem der sozialistische Abgeordnete im Zusammenhang mit der Stawiski-Affäre angegriffen wurde, zur Rede gestellt. Da Perry die Anschuldigungen nicht zurücknehmen wollte, versetzte ihm Grosillier zwei schallende Ohrfeigen, die der Angegriffene mit Fausthieben in das Gesicht seines Gegners quittierte. Nur mit Mühe konnten die beiden Streitenden auseinandergebracht werden. Der Konflikt wird mit der Waffe ausgetragen werden, da sie erklärten, von einer Versöhnung nichts wissen zu wollen. Es wird dies also das zweite Duell wegen der Stawiski-Affäre sein.

Konflikt um Budapest

Um die Autonomie Budapests ist in den letzten Tagen ein heftiger Kampf entbrannt. Durch eine sogenannte Reform wollte Gömbös seine Leute in die Stadtverwaltung unterbringen und so die Selbstverwaltung der Stadt vermindern. Es setzte sofort eine geschlosene Abwehr der Opposition ein, die unter allen **Umständen die Pläne** der Regierung verhindern soll. Die bürgerlichen Parteien wollen in Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie den neuen Anschlag auf die Verfassung verhindern, hierfür einberufene Versammlungen nahmen nach den Reden der Sozialdemokraten einen stürmischen Verlauf, die den Rücktritt der Diktatoren und vor allem Gömbös' fordern.

Der Führer der „Freiheitsfront" sollte entführt werden

Das Völkerbundssekretariat veröffentlicht jetzt die Beschwerden über die Terrorakte im Saargebiet, die dort von den Nationalsozialisten verübt wurden. Wie es heisst, sollte der Führer der „Freiheitsfront", der Sozitaldemokrat Max Braun, nach Deutschland entführt werden und als die Aktion misslang, sandte man ihm eine Höllenmaschine, die durch einen glücklichen Zufall bei ihrem Eintreffen im Heim der „Arbeiterwohlfahrt" nicht explodierte. Weiter erwähnt die Beschwerde eine Reihe von Vorfällen gegen saarländische Juden, die sich durch den Rassenwahn der Nazis bedenklich auswirken.

—o—

Hitlers Arbeiterentrechtungsgesetz

Der nationale „Sozialismus" in Deutschland hat nun den Unternehmern nach allerlei vorübergehenden Massnahmen ein „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" beschert. Es soll heuer am 1. Mai, den die Nazi bekanntlich durch ihre Aufzüge, zu denen sie die Arbeiter gepresst haben, in Kraft treten. Mit diesem Gesetz wird jenes Gebiet geregelt, das man „Arbeitsrecht" zu nennen pflegt. Vom Recht derer, die arbeiten, ist freilich in diesem Gesetz, dessen Inhalt der Reichsarbeitsminister Seldte der Presse mitgeteilt hat, nicht die Rede. Alle wesentlichen Rechte, die die deutschen Arbeiter sich zum Teil schon im kaiserlichen Deutschland, vor allem aber in der Deutschen Republik erobert haben, werden durch dieses Gesetz endgültig beseitigt. Nachdem Hitler in Deutschland die Macht ergriffen hatte, haben die SA-Leute, die in Betrieben standen, sich da und dort, nachdem sie die sozialistischen Betriebsräte abgesetzt, ins Konzentrationslager gebracht oder sie überhaupt erschlagen hatten, geglaubt, sie würden nun Einfluss auf die Betriebsführung nehmen können, sie würden nun bei der Lohnregulierung mitzureden haben und sie würden nun, da der „nationale Sozialismus" verwirklicht würde, ihre Forderungen verwirklichen können. Aber die Naziproleten sind bald eines besseren belehrt worden. Die Unternehmer, die ihr Geld für Hitlers Propaganda nicht umsonst ausgegeben haben wollten, wussten sich der hakenkreuzlerischen Kommissäre zu erwehren. Es wurden „Treuhänder der Arbeit" eingesetzt, aber diese „Treuhänder der Arbeit" waren Treuhänder der Unternehmer, waren Sekretäre von Unternehmerverbänden. Rebellierende SA-Leute wurden in Konzentrationslagern darüber belehrt, dass die „nationale Revolution" in Wirklichkeit ganz anders aussah, als sie ihnen in Führerreden in Aussicht gestellt worden war.

Nun aber wird die Machtlosigkeit der Arbeiter auch in den Betrieben gesetzlich verankert werden. Durch dieses Gesetz werden vor allem elf arbeitsrechtliche Gesetze, die bisher bestanden haben, aufgehoben. Unter diesen Gesetzen, die in Nazideutschland keine Geltung mehr haben, sind das Betriebsrätegesetz, die Tarifvertragsordnung, die Schlichtungsverordnung und die Stillegeverordnung.

Die kühnsten Wunschträume der Unternehmer werden von der Nationalsozialistischen „Arbeiterpartei" verwirklicht: Keine Betriebsräte mehr, die aufmucken können gegen die Anordnug der Kapitalisten, bei den Lohnverträgen haben die Gewerkschaften, die gleichgeschalteten Gewerkschaften natürlich — andere gibt es nicht mehr — nichts zu reden. Es wird nicht geschlichtet, wenn Lohnstreitigkeiten entstehen. Wozu gibt es „Führer", die befehlen? Was gibt es zu schlichten, wenn einer befiehlt und die anderen zu gehorchen haben? Die Stillegeverordnung, die den Massenhinauswurf aus den Betrieben verhindert hat, wird aufgehoben. Treue Knechte der Unternehmer, erfüllen die Nazi die ihnen zugedachte Aufgabe! Die Arbeiter und Angestellten sehen den nationalen Sozialismus, und siehe, es war die Peitsche der Kapitalisten!

Das Gesetz fusst auf dem Führerprinzip. Der Führer im Betrieb ist natürlich der Unternehmer. Die Arbeiter und Angestellten sind die „Gefolgschaft". Ein aufschlussreiches Wortspiel. Die Gefolgschaft, die zu folgen, die zu gehorchen hat! Die Gemeinschaft im Betriebe beruht „auf dem alten soldatischen Gedanken der Kameradschaft, der Ehre und der Anständigkeit als Grundpfeiler aller Wirtschaft". Nun erfährt man, was die Grundpfeiler der kapitalistischen Wirtschaft sind. Nicht etwa Profit und Ausbeutung, wie die Marxisten meinen, sondern Kameradschaft und Anständigkeit. In grossen Betrieben stehen dem Führer des Betriebes aus der „Gefolgschaft" Vertrauensmänner beratend zur Seite. Diese Vertrauensmänner, die keinerlei gesetzlich festgelegte Rechte haben, sind nur „Ver-

trauensmittler". Sie dürfen dem „Führer" ihren Rat geben. Bei Streitigkeiten haben sie „auf eine Beilegung hinzuwirken'. Wenn die Mehrheit dieser Vertrauensmittler sich der Entscheidung des „Führers" — das heisst immer des Unternehmers — nicht fügen will, so kann sie den Treuhänder der Arbeit anrufen. Die Vertrauensräte können also sich über ihren Unternehmer bei einem Unternehmervertreter beschweren. Diese Treuhänder der Arbeit werden Reichsbeamte. Ihre Entscheidungen treten an Stelle der Arbeitsgerichte. Sie überwachen die Lohngestaltung und setzen Richtlinien für den Inhalt der Betriebsordnugen fest.

Die Grundlage der Gemeinschaft in den Betrieben soll die „soziale Ehre" sein. Verstösse gegen diese soziale Ehre werden von Ehrengerichten geahndet. Es soll dadurch angeblich gehindert werden, dass die Unternehmer „die Arbeitskraft der Angehörigen der Gefolgschaft böswillig ausnützen" oder sie in ihrer Ehre kränken. Wo wird die Grenze liegen zwischen der üblichen und der „böswilligen Ausnützung" der Arbeiter, die wehrlos ihren „Führern" preisgegeben sind?

Die Arbeiter und Angestellten werden keine wirklichen Rechte mehr haben. Das grosse Werk der sozialen Schutzgesetze ist beseitigt. Die von den Nationalsozialisten missbrauchten Arbeiter und Angestellten werden nun mit schrecklicher Deutlichkeit erkennen, wofür sie benützt worden sind. Sie haben die Waffen geliefert, mit denen sie selbst besiegt worden sind, die Stricke herbeigebracht, mit denen sie selbst gefesselt wurden. Alle Freiheitsrechte hat der Faschismus zertrampelt. Und nun werden die Wehrlosen beraubt. Nun werden die Unternehmer sich die Summen von den Arbeitern zurückholen, die sie für die Nationalsozialische Partei ausgegeben haben, mit Zins und Zinseszinsen. Und die Gemeinschaft der Betriebe wird weniger auf der „sozialen Ehre" als auf der brutalen Gewalt beruhen und der Grundsatz der Wirtschaft wird nicht die Kameradschaft und die Anständigkeit sein, sondern die alten, sozusagen „bewährten" Grundsätze beutegieriger Unternehmer. Das neue Arbeitsgesetz in Deutschland gibt ihnen freie Hand. Die völlige Entrechtung der deutschen Arbeiter ist Gesetz geworden.

Dimitroff eine Gefahr für Deutschland?

Wie das Welthilfskomitee für die Opfer des Hitlerfaschismus mitteilt, hat die Mutter Dimitroffs mit ihrer Tochter im Reichsinnenministerium wegen der Freilassung Dimitroffs interveniert. Ministerialdirektor Dr. Erbe erklärte hierbei, dass Dimitroff eine Gefahr für Deutschland bedeute und deshalb noch in Schutzhaft verbleiben müsse. In Deutschland sind tausende ohne Gerichtsurteil in Schutzhaft und sie solle bedenken, was allein Dimitroff gegen Göring gesagt habe, was allein zu einer Verurteilung ausreiche. Für die Gefangenahme der Bulgaren sei keine Frist gesetzt, im Kabinett ist man einer Freilassung noch nicht nähergetreten, und wenn dies der Fall sein wird, dann werden sie nach Bulgarien abgeschoben. Wenigstens war Erbe so frei, zuzugeben, dass man wenigstens auf diese Art an Dimitroff und seinen Mitangeklagten Rache nehmen will.

Dem „Verdienste" seine „Krone"

Der Polizeikommissar Heisig, der im Reichstagsbrandprozess die Aussagen holländischer Zeugen nachgewiesenermassen falsch wiedergegeben und damit einen Meineid geschworen hat, ist in den Stunden, da Lubbes Kopf fiel, an die Spitze der Dessauer Kriminalpolizei berufen worden.

Hitler fürchtet Wilhelm

Erste Auseindersetzung zwischen Nationalsozialisten und Monarchisten. — Die Junker heut die schärfsten Gegner Hitlers

Während die „Führer" nach aussenhin immer den Anschein zu erwecken versuchen, als wenn das ganze deutsche Volk geschlossen hinter der national sozialistischen Politik stände, spielt sich hinter den Kulissen ein Kampf ab, der durch die Reden Darrees und Gerlitzers recht eindeutig beleuchtet wird. Die Junker sind mit dem Regime unzufrieden, sie wollen vor allem kein Aufgehen Preussens ins Reich. In diesem Zusammenhang ist Hindenburgs Eingreifen zugunsten Preussens interessant und die Reichsreform ist dadurch in den Hintergrund getreten. So ist auch der Kampf Görings gegen die Freimaurerlogen aufzufassen, die ja die intimen Zusammennkünfte der Junker und ihrer Gefolgschaft aus Handel und Industrie darstellen. Auch das Auswärtige Amt wird als Hort der Reaktion verdächtigt, und es ist kein Geheimnis, dass alte Diplomaten gegen das Regime Hitlers offenen Widerstand leisten. Darree hat vor dem Mittelstand und Gerlitzer vor den Handwerkern Reden gehalten, die sich offen gegen die Reaktion, dass heisst, gegen die Monarchisten wendet, die man der Geheimbündelei verdächtigt und mit schärfsten Mitteln gegen sie vorgehen will.

Hingegen entwickeln in den letzten Wochen die Monarchisten eine bemerkenswerte Aktivität, mit ihnen sollte auch von Hammerstein in Verbindung gewesen sein, einzelne Militärs sprechen offen von der Rückkehr Wilhelms aus Dorrn, und es ist ja auch bekannt, dass dieser neuerdings seinen Unwillen über Hitlers Weg in einem Privatbrief zum Ausdruck gebracht hat. Jedenfalls nehmen von der protestantischen Bewegung ausgehend die oppositionellen Kräfte immer mehr festere Formen im Kampf gegen den Hitlerismus an und die Zersetzung in der SA wird das ihrige dazu beitragen, dass die Herrschaft Hitlers und seiner Bandenführer nicht mehr unbeschränkt dauern kann.

Macdonald von seinen Wählern ausgepfiffen

Feindliche Haltung gegen den Renegaten. — Der Erfolg der nationalen Regierung

Ministerpräsident Macdonald, der seit zwei Jahren zum ersten Male vor seinen Wählern in Seaham erschien, um über innerpolitische Probleme zu sprechen, erlebte dort einen unangenehmen Zwischenfall. Während seiner einstündigen Rede vor etwa 2000 Zuhörern wurde er fortwährend durch ironische Zwischenrufe, Gelächter, Pfeifen und Schreien unterbrochen. Besonders heftig wurden die Sturmszenen gegen ihn, als er die Arbeitslosenpolitik der nationalen Regierung zu verteidigen versuchte. Ein Zwischenruf wies auf die Tatsache hin, dass die Unterstützungskürzung tausende Arbeitslose zum Selbstmord trieb, wofür Macdonald als Chef der Regierung die Verantwortung trage, gab Anlass zu stürmischen Pfuirufen, sodass der Vortrag vorzeitig unterbrochen werden musste. Unter Johlen und Pfeifen verliess Macdonald die Versammlung und sah sich von Gegnern umringt, die ihn draussen in einer Menge von etwa 5000 Personen erwarteten und eine feindliche Haltung einnahmen, sodass Polizei zu seinem Schutz eingreifen musste. Eine Frau warf sich vor seinen Wagen und musste von der Polizei wegbefördert werden. Etwa 500 Arbeitslose unter Führung der sozialistischen Abgeordneten Ellen Wilkinson, wollte vor das Haus ziehen, wo Macdonald Wohnung nahm, wurden aber von der Polizei vertrieben. Später empfing Macdonald eine Delegation aus drei Arbeitslosen und der Genossin Wilkinson und versuchte vergeblich, seinen Standpunkt als früherer Arbeiterparteiler zu rechtfertigen. Macdonald, der sich in seinem Wahlkreis der grössten Popularität erfreute, hat nun als Chef der konservativen Regierung vollkommen abgewirtschaftet.

Ein feiner Hitler-Diplomat

Ueber den bei der nächtlichen Heimwehrverschwörung in Wien erwischten reichsdeutschen Legationsrat Waldeck-Pyrmont erhalten wir von unterrichteter Seite folgendes Charakterbild:

Es handelt sich um den Erbprinzen (nicht Grafen) Waldeck-Pyrmont, ein schmächtiges, degeneriertes und homosexuelles Bürschchen, welches früher gemeinsam mit dem Grafen Du Moulin-Eckhardt in München eine Spionagezentrale der NSDAP leitete. Der Herr „Erbprinz" ging dabei höchst stümperhaft zu Werke, indem er seine Spitzel mit teuren Leicaapparaten ausrüstete und sie überall hin postierte wo Sozialisten ein- und ausgingen. Die „Glanzleistung" dieser Truppe war eine Ausraubung des Redakitons-Briefkastens der „Münchener Post", wobei aber nur unbedeutende Einsendungen erbeutet werden konnten.

Nach der aufgeflogenen Affäre mit der „Münchner Post" verlegte Waldeck-Pyrmont mit seinem unzertrennlichen „Freund" Du Moulin-Eckhardt den Schauplatz der Verschwörertätigkeit nach Wien, wo sie kürzlich ein überraschendes Ende fand.

Rache für die Vermögensbeschlagnahme

Bekanntlich wurde in die deutsche Gesandtschaft in Warschau ein Revolverschuss abgefeuert, der die Fensterscheiben zertrümmerte. Der festgenommene Täter bekannte sich zur Tat und gab an, dass er die Oeffentlichkeit auf die Tatsache hinlenken wollte, dass er fünfzehn Jahre in Deutschland legal gewohnt habe, sich politisch nicht betätigte und jetzt das Opfer des Rassenhasses wurde. Sein ganzes Vermögen habe man ihm beschlagnahmt und seine Existenz vernichtet. Als er in der deutschen Gesandtschaft um die Rückgabe seines Vermögens intervenierte, wurde er abgewiesen, und aus Verzweiflung habe er jenen Revolverschuss in die Gesandtschaft abgegeben.

Polen will flüchtige Gelehrte unterstützen

In Polen hat sich ein Ausschuss zur Unterstützung von Gelehrten gebildet, die ihr Vaterland aus politischen oder anderen Gründen in letzter Zeit verlassen mussten. Vorsitzender ist der bekannte Arzt prof. Szimański, Schatzmeister Exminister Zaleski. Die Rektoren aller Warschauer Hochschulen befinden sich im Ausschuss. Szimański erklärte in der Eröffnungssitzung, er sei überzeugt, durch die Berufung vertriebener ausländischer Gelehrten werde Polen nicht nur eine Pflicht der Menschlichkeit erfüllen, sondern auch die Entwicklung der Wissenschaft im Lande fördern.

DIE ZWANGSJACKE

JACK LONDON

45

Der Inspektor und der Arzt kicherten, und der Direktor verliess mit einem höhnischen Schnaufen die Zelle.

Nur noch ein Wort, ehe ich zu meiner Erzählung zurückkehrte. Auf allen meinen Reisen durch die Finsternis zu meinen anderen Existenzen bin ich nie imstande gewesen, die Reise nach meinem Wunsch zu lenken. So erlebte ich viele neue Erfahrungen früherer Existenzen, ehe ich das Glück hatte, zum Knaben Jesse in Nephi zurückzukehren. Vielleicht Dutzende von Malen habe ich meine Abenteuer als Jesse fortgeführt. Zuweilen lebte ich sein Leben als kleiner Knabe in Arkansas, und mindestens ein dutzendmal habe ich sein Leben weitergeführt bis zu dem Augenblick, da ich ihn in Nephi verliess. Es wäre Zeitvergeudung, das alles auszuführen, und deshalb will ich vieles, das vage und vielleicht Wiederholung ist, überspringen und nur wiedergeben, was ich aus den verschiedenen Malen, da ich es wiedererlebte, zusammengestellt habe.

Lange, ehe der Tag anbrach, war man im Lager bei Nephi schon bei der Arbeit. Das Vieh wurde auf die Weide und an die Tränke getrieben. Während die Männer die Ketten von den Wagen nahmen und sie voneinander lösten, bereiteten die Frauen das Frühstück. Die Kinder sammelten sich in dem kühlen Morgen, um die Feuer mit der letzten Schicht der Nachtwache, die schläfrig auf den Kaffee wartete.

Es nimmt seine Zeit, einen so grossen Zug für die Abfahrt bereit zu machen, so dass die Sonne schon hoch am Himmel stand, als wir aus Nephi hinausrollten und über die Sandfelder fuhren. Keiner von den Bewohnern des Ortes sah uns fortziehen. Alle blieben in den Häusern und machten unsern Abmarsch daher ebenso unheilschwanger wie unsere Ankunft.

Wieder gab es lange Stunden, brennende Hitze, beissenden Staub, Salbeigebüsch, keinen Weg, keine Markscheide; wir fanden den ganzen Tag keine Spur von Menschen, gegen Abend machten wir an einem leeren Flussbett halt, und die Wagenburg wurde in dem feuchten Sand aufgestellt, in den wir viele Löcher gruben, die sich langsam mit hineinsickerndem Wasser füllten.

Von den folgenden Teilen unserer Reise habe ich keine zusammenhängende Erinnerung. So oft schlugen wir unser Lager auf, immer die Wagen im Kreise, dass es meinem Kindergehirn erschien, als reisten wir eine undenkbare Zeit, seit wir Nephi verlassen hatten. Aber immer, unabwendbar hatten wir das Gefühl, dass wir unserm sicheren Schicksal entgegentrieben.

Wir machten durchschnittlich fünfzehn Meilen täglich. Ich weiss es, dennn mein Vater hatte meiner Mutter gesagt, dass es 60 Meilen bis Fillmore, der nächsten Mormonensiedlung, wären, und wir schlugen dreimal unterwegs das Lager auf. Das bedeutet vier Tagereisen. Von Nephi bis zum letzten Lager müssen wir, wenn ich mich recht entsinne, etwa vierzehn Tage unterwegs gewesen sein.

In Fillmore waren die Einwohner feindselig wie überall seit Salt Lake City. Als wir Nahrungsmittel kaufen wollten, lachten sie uns aus und nannten uns immer die aus „Missouri".

Als wir in das Kirchspiel kamen, sahen wir zwei staubige, schweissige Pferde vor dem ersten Haus angebunden stehen. Der alte Mann, von dem ich früher gesprochen habe — der mit dem von der Sonne gebleichten Haar, ritt zu meinem Vater hin und zeigte auf die beiden völlig erschöpften Reitpferde.

‚Die schonen ihre Pferde nicht, Kapitän", sagte er leise. „Ich möchte wissen, wem in aller Welt sie so schnell nachreiten, wenn wir es nicht zufällig sein sollten?"

Aber mein Vater hatte es schon bemerkt, und ich hatte sein Gesicht beobachtet. Ich konnte zwei und zwei addieren und wusste, dass diese zwei Pferde das Unheilverkündende der Situation noch vermehrten.

„Ich denke, sie beobachten uns, Laban", lautete die einzige Bemerkung meines Vaters. In Fillmore war's dass ich einen Mann sah, den ich später wiedersehen sollte. Es war ein hochgewachsener, breitschultriger Mann in mittleren Jahren — kräftig nicht nur an Körper, sondern auch an Willen. Im Gegensatz zu den meisten Männern, die ich gewöhnlich sah, war er glatt rasiert. Ein mehrtägiger Bartwuchs zeigte, dass er schon stark ergraute. Sein Mund war ungewöhnlich gross, mit dünnen Lippen, die er fest zusammenpresste, als fehlten ihm viele Schneidezähne. Seine Nase war gross und dick, sein Gesicht breit mit schwerer Kinnlade und breiter, intelligenter Stirn. Und seine ziemlich kleinen, eng beieinander stehenden Augen waren so blau, wie ich es sonst nie gesehen habe.

Bei der Mühle in Fillmore sah ich ihn das erstemal. Ohne dass meine Mutter es bemerkt hatte, war ich meinem Vater gefolgt, der versuchen wollte, Mehl zu kaufen.

„Haben Sie den alten Burschen mit dem glatten Gesicht bemerkt", fragte Laban auf dem Rückwege nach dem Lager. Mein Vater nickte.

(Fortsetzung folgt).

Die Parteien zum Budget

Pessimistische Urteile zum schlesischen Haushalt. — Zusammenarbeit und Gleichberechtigung. — Korfanty fordert Vorgehen gegen den Hitlerismus der Kattowitzer Zeitung" und des „OberschlesischenKurier". — Eine Erklärung Dr. Pants. — Die deutsche Minderheit will Zusammenarbeit, fordert aber Anerkennung ihrer Rechte. — Sozialistische Kritik am Budget. — Die Arbeitslager als patriotische Erziehungstätte.

Trotzdem der „Parlamentarismus" arg in Misskredit geraten ist, weckt er immerhin doch noch grosses Interesse bei den breiten Massen. Ohne Zweifel werden auch den diesjährigen Budgetberatungen grosse Erwartunngen zugesprochen, die indessen nach Stand der Dinge, allen eine grosse Enttäuschung bereiten müssen, weil eben die Krise mit dem Masstab bürgerlicher Tradition gesundet werden soll, während die gesamte Gesellschaftsordnung einer grundsätzlichen Umwandlung bedarf. Zwar spricht man nicht nur behördlicherseits von der Notwendigkeit scharfen Vorgehens gegen die Machinationen in der Grossindustrie, die soll einer scharfen Kontrolle unterzogen werden, aber als Resultat genügt dann die Umsetzung einiger hoher Posten, also heran an die Futterkrippen und ein wenig Patriotismus, der den Arbeitern das Los erleichtern soll, statt von einem Fremden, nunmehr von einem polnischen Patrioten ausgebeutet zu werden. Treffend wies Abg. Korfanty daraufhin, dass man zwar zwei Direktoren wegen Schliessung von Gruben eingesperrt hat, was indessen nicht behinderte, dass die Behörden schliesslich doch die Zustimmung zur Stillegung der fraglichen Bergwerke später gegeben haben.

Im Verlauf der Debatte war es besonders interessant, zu erfahren, dass die polnischen Parteien von den Behörden fordern, dass mit dem Hitlerismus in der Wojewodschaft Schluss gemacht werde, dass der Volksbund, zu einer Expositur einer fremden Macht geworden ist, der keineswegs mehr als eine Stätte des Schutzes der deutschen Minderheit angesehen werden kann, und schliesslich schloss sich diesen Ausführungen auch die Sanacja an, während Dr. Pant in seinen Ausführungen nochmals seinen Standpunkt zum Zwiespalt im deutschen Lager darlegte, der von der polnischen Presse als Sensation und von deutscher Seite als eine unerhörte Anmassung ausgelegt wurde. Ohne Zweifel unterstrich Dr. Pant diesen Gegensatz, aber die Angriffe, die ihm gegen Hitlerdeutschland zugeschrieben wurden, seien übertrieben, ferner habe er an der Minderheitspolitik Kritik geübt, die allerdings nicht auf Zersetzung, sondern auf eine Bereinigung der Gegensätze hingezielt habe. Die Sozialisten haben ihren Standpunkt dahin deklariert, dass wohl in diesem Budget sehr viele Erwartungen aufgestellt werden, dass aber just im Augenblick, wo man vom bekannten Silberstreifen spricht, bereits auch schon eine Konjunkturwende eintritt, also eine Verschlechterung der gesamten Wirtschaftslage. Eine Zusammenarbeit zwischen Opposition und Regierung kann es solange nicht geben, solange auch nicht die Rechte der Opposition anerkannt werden. Die Regierung, die in der Zeit der schwersten Krise gerade den sozialen Teil des Budgets und die Arbeitsbeschaffungspläne kürzt, kann nicht erwarten, das ihr die Sozialisten Vertrauen entgegenbringen werden. Die Beratungen verliefen ruhig und ohne die üblichen Ausfälle, dass es fast den Anschein erweckt, als wenn die Phrase Zusammenarbeit sich doch schliesslich weit hinter den Kulissen anbahnen würde, während die Fäden noch nicht sichtbar sind.

Ein Budget der Deflation

nennt Abg. **Korfanty** das vorgelegte Haushaltungsprojekt, welches in seiner Kürzung von 13 Prozent nicht nur die Krise kennzeichnet, sondern auch Ausdruck des Regierungssystems ist, welches Polen als Minderheit beherrscht. Es ist sonderbar, dass der Wojewode in seiner Begründung anführte, dass der Urząd Wojewodzki alle die Schwierigkeiten von Jahr zu Jahr vorausgesehen habe und sich dementsprechend wirtschaftlich einrichtete. Nur vergass man bei dieser politischen Prophetie zu betonen, dass inzwischen der **Lebensstandart der Bevölkerung auf die Linie des Unerträglichen gesunken** ist, dass eine Krise des Konsums eintrat, die öffentliche Hand zu 50 Prozent alles bestimme und für Legionen und die Elite das gesamte Monopol an Einnahmen sichere. Alles hat das System, nur nicht ein Programm, nach welcher Richtung die Arbeiten gehen sollen. Man wartet auf das Ausland, sieht wie es Hitler, Mussolini, Roosevelt und der kleine Dollfuss machen, hegt Erwartungen, dass es irgendwie schon gehen wird. Es fehlt das Vertrauen, denn das polnische Volk kann unmöglich seine Repräsentanten in den Radziwill und Wislicki oder gar in der Elite Slaweks sehen. Abg. Korfanty setzt sich dann mit der Krise und den oberschlesischen Verhältnissen auseinander, ist der Ansicht, dass die Wiederaufstiegshoffnungen des Wojewoden unberechtigt seien, die Kontrolle der Betriebe wirke lächerlich, wenn man jetzt Direktoren wegen Betriebsschliessungen verhaftet, um dann doch die Betriebe zu schliessen. Wenn von einer Zusammenarbeit gesprochen wird, dann kann sie nur auf **Gerechtigkeit allen Bürgern gegenüber** aufgebaut werden, die Moral müsse gefestigt werden und der Seelenkauf und Gesinnungsterror verschwinden. In diesem Zusammenhang weisst Abg. Korfanty auf die Arbeit gewisser Hitlerorganisationen hin, die eine Gefahr für den Staat bedeuten, fordert energisches Vorgehen gegen den Volksbund und die Hitlerpropaganda der „Kattowitzer Zeitung" und des „Oberschlesischen Kuriers". Wenn es um das Wohl des Staates gehe, wird man seine Partei immer zur Mitarbeit bereit finden, aber erste Voraussetzung ist die Achtung des Rechts allen Bürgern gegenüber und die Beseitigung des Gewissenszwanges gegenüber Menschen, die auf ihr täglich Brot angewiesen sind.

Ein Loblied dem Wojewoden

Abg. **Witczak** verliest eine Deklaration des Regierungslagers, welches dem Wojewoden für die geleistete Arbeit die Anerkennung ausspricht, sich solidarisch mit dem Aufbauplan erklärt, gegen die Opposition wegen ihrer Kritik energische Vorwürfe erhebt, schliesslich auf die destruktive Arbeit gewisser Elemente, die Hitlerei, hinweist und deren Bekämpfung fordert. Die Zusammenarbeit aller zum Wohle des Staates ist erforderlich, das ist das Programm, welches das Sanierungslager mit Hilfe des Budgets durchzuführen hofft.

Zusammenarbeit der Minderheiten mit den Behörden — aber kein Verzicht auf das eigene Pecht

Abg. Dr. **Pant** betont, dass das vorgelegte Budget eigentlich der Rechtsgrundlage entbehre und ein Ergebnis der elfjährigen Tradition sei, denn bisher liege das Organisationsstatut seit einem Jahre unerledigt in der Rechtskommission, auch ist über die Budgetausführung dem Sejm noch keine Kontrollmöglichkeit gewährt worden. Man spricht verächtlich von der Demokratie und vom Parlamentarismus, weisst auf alte Sünden hin und verherrlicht den Staat als das höchste Ideal. Der äussere Ausdruck aller Arbeiten ist die Krise, aber gerade die Fürsorge für die Arbeiterschaft am geringsten. Man spricht von der Kontrolle der Industrie, von nationalen Notwendigkeiten, Verhinderung der Manipulation, nur denkt man nicht an den Kampf ums tägliche Brot, den die Massen in erster Linie haben wollen. Die Kürzung der Beamtengehälter ist nicht geneigt, dem Staate Freunde zu werben, besonders, wenn man heute die Art der Steuereinziehung betrachtet und die damit verbundene Vernichtunng von alten Existenzen und Werkstätten.

Leider habe der Wojewode nichts über das Verhältnis zur nationalen Minderheit gesagt, ein Problem, dass doch mindestens so brennend ist, wie die Krise selbst. Eine Rede, die er, Dr. Pant, vor seinen Vertrauensleuten gehalten habe, ist von der polnischen Presse als Sensation und von deutscher Seite als eine Extratour hingestellt worden, deshalb skizziert er nochmals den wesentlichen Inhalt, weist auf die Gegensätze im deutschen Lager hin, die doch kein Geheimnis sind. Allerdings habe er immer betont, dass sich die Minderheit von Einflüssen von ausserhalb frei machen müsse und dass sie bereit ist, mit den polnischen Behörden zusammenzuarbeiten, wobei sie keinesfalls auf ihre begründeten Rechte verzichten will. Nun, wenn Recht und Gerechtigkeit Grundlage dieser Zusammenarbeit sein werden, kann ein gedeihliches Fortkommen gesichert sein, nicht aber, wenn man Gesinnungszwang gegen Deutsche deshalb betreibt, weil sie Deutsche sind. Die Moral sei die Grundlage des Staates, der auf christlichen Grundsätzen aufgebaut werden müsse. Sein Ziel sei die Zusammenarbeit aller deutschen Elemente und was hier kritisiert werden müsse, dass muss man den Deutschen selbst überlassen.

Die Erwartung der Arbeiterschaft

Abg. Dr. **Glücksmann** betont, dass 90 Prozent der Bevölkerung von diesen Budgetberatungen erwarte, dass man ihr endlich einen Ausweg zeige, wie aus dieser schwierigen Situation eine Besserung der Verhältnisse eintreten kann. Das vorgelegte Budget und die Ausführungen des Wojewoden müssen mit einer grossen Enttäuschung schliessen. Wo ist der Plan des Regierungslagers, welches hier durch den Abg. Witczak zwar gegen die Opposition in Ausfällen sich bemerkbar macht, die Zusammenarbeit fordert, während noch, während der Rede des Wojewoden, alle Konjunkturhoffnungen zusammenbrechen. Wie kann man von einem System, welches die heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung wieder auffrischen will, erwarten, dass es den Kapitalismus vernichtet, wie es so schön in der Forderung nach scharfer Kontrolle der Industrie heisst und die Machinationen, die sich gerade jetzt bei der Postenverteilung abspielen. Redner verliesst dann einige Ausführungen der jungen Generation der Sanatoren, die über Patriotismus sehr wegwerfend sprechen, weil sie **nicht Worte, sondern Taten** vollzogen sehen wollen, und er wünscht, dass sowohl der Wojewode, als auch Witczak sich die Grundsätze dieser Generation zu eigen machen. Abg. Witczak wendet sich unter der Adresse der Opposition gegen den autonomistischen Ueberbau, aber das Budget sei ja gerade Zeugnis dafür, wie man **die Autonomie garnicht achtet,** zumal dem Sejm noch nicht eine einzige Budgetausführung als Kontrollorgan vorgelegt wurde. Und ähnlich sehe es mit der Verrechnung der Einnahmen zwischen der Zentralregierung und dem Wojewodschaftsschatz aus. Uns kann das Budget nicht befriedigen, wenn man gerade seine **wichtigsten Teile, die Sozialfürsorge und die Investitionsfonds, herabsetzt** und dann von einem Wiederaufbau spricht.

Wir können uns aber nicht auf die Kritik der Budgetvorlage allein beschränken, sondern müssen auch auf die Versprechungen auf den sogenannten Wirtschaftskongressen der Sanatoren zurückkommen. Dennn man redet anders auf Konferenzen und handelt anders im Sejm, wo man die Macht hat. In Polen ist eine Regierung, die angibt, den Kapitalismus zu bekämpfen, aber in Wirklichkeit erhält er die beste Unterstützung durch sie, wenn man die die neue Gesetzgebung betreffend der Sozialgesetze und Arbeitszeit, betrachtet, man spart bei den Kleinen und schenkt den Grossen. Klar und deutlich kommt dies bei den „Soldaten der Arbeit" zum Ausdruck, die man zum Patriotismus erzieht, indem man sie in die Uniform steckt, ganz wie Mussolini und Hitler, die auch ihre Arbeitsdienstpflicht haben, also auch langsam bei uns eine Faschisierung vollziehen. Eine Partei, die so vollkommen die Macht besitzt, sollte doch wenigstens ihr eigenes Programm verwirklichen und nicht von den anderen diese Mitarbeit fordern, die es unter den heutigen Verhältnissen nicht geben kann. Dieses Regierungslager hat eine Revolution durchgeführt, man wäre froh, wenn es jetzt wenigstens revolutionär weitergehen würde. Wenn dieses System den Kapitalismus bekämpfen wird, findet es unsere Unterstützung, wir Sozialisten müssen aber den gegenwärtigen Methoden das grösste Misstrauen entgegenbringen. Nicht an Worten, sondern an ihren Taten, werden wir die Regierungsarbeit beurteilen.

Wo bleiben die Sozialrechte

Abg. **Brzeskot** wendet sich dann gegen die Vernichtung der Sozialgesetzgebung, die so garnicht bei den Budgetberatungen erwähnt werden. Man hat eine Herabsetzung der Gehälter bei den Kleinen vollzogen, die grossen Gehaltsbezieher aber beschenkt. Ein solches Vorgehen muss ja die Arbeitgeber bei ihrem Bestreben, die Löhne und Bezüge zu kürzen, geradezu anregen. Und damit spricht man vom Wiederaufbau, während in Wirklichkeit die Arbeitslosigkeit und die Krise gefördert werden. Aufrechterhaltung und Ausbau der Sozialgesetzgebung muss der Ruf der Zukunft sein.

Landwirtschaft und Gewerbe vergehen

Abg. **Pruss** wendet sich gegen die optimistische Auffassung, als wenn wir die Krise schon überwunden hätten. Auf dem Lande herrschen unhaltbare Zustände, der Kaufmann und Gewerbetreibende erliegen dem Steuerdruck, ohne dass man auf sie Rücksicht nimmt. Ein falscher Patriotismus wird an den Tag gelegt und verdiente Menschen gemassregelt, und dann wundert man sich, wenn sich Verzweiflung über Polen in den Massen bemerkbar macht. Das müsse anders werden, wenn wir wieder auf einen grünen Zweig kommen wollen. Redner führt eine Reihe von Beschwerden an, die man bei der Budgetberatung berücksichtigen solle.

Nicht Trost, sondern Hilfe

Abg. **Machej** verweist darauf, dass man sich bei der Budgetaussprache mit verschiedenen Fragen beschäftigt habe, der Wojewode hat auch von der tätigen Hilfe an die Landwirtschaft gesprochen. Aber an die Genossenschaften der Arbeiter und das ganze Konsumwesen hat man mit keinem Worte erinnert und doch bedürfen auch diese der Hilfe, denn sie wirken bei der Preisgestaltung verbilligend. Wer dieses Budget in die Hand nimmt, der muss mit Dante ausrufen; lass alle Hoffnung fahren! Fürwahr, man spricht soviel von aktiver Hilfe, was also Arbeitsbeschaffnug bedeutet und verringert zugleich den Sozialetat und die Investitionen für öffentliche Arbeiten. Wie kann man noch von tätiger Hilfe sprechen, wenn **eine Familie im Jahre höchstens 115 Złoty Unterstützung erhält, was für den Tag kaum 30 Groschen ausmacht.** Dafür begeistert man sich für die Arbeitslager, wo den anderen die Arbeit abgenommen wird, die Familienväter keinen Erwerb haben und die Söhne für 50 Groschen den Tag arbeiten, also umsonst oder will jemand sagen, dass das auskömmliche Hilfe ist. Auf diesem Wege können wir Sozialisten dem Wojewoden nicht folgen und darum stimmen wir nicht in die Begeisterung ein, die dem Wojewoden durch das Regierungslager zuteil wurde. Im gleichen Augenblick, wo man hier von einer Zusammenarbeit spricht, wird in Warschau durch das Regierungslager ein **Projekt der Verfassung bearbeitet, welches die Bürger in zwei Kathegorien teilt,** in solche, die sich verdient gemacht haben, weil sie frühere polnische Kultur und polnische Arbeit unterdrückt haben und jetzt zur Elite zählen und die, die für diesen Staat mit der Waffe in der Hannd gekämpft haben, aber zu Bürgern zweiter Klasse degradiert wurden. Man spricht auch soviel von Siedlungen, Verpflanzung der Arbeiterschaft aufs Land, doch hat man noch das Geld nicht.

Die Fianzberater, die die Regierung heranzieht, haben alles Interesse an der Erhaltung der Krise, denn nur so können sie gegen die Arbeiterschaft vorgehen, wollen sie nie wieder aufkommen lassen. **Wo werden heute Wünsche der Arbeiterklasse berücksichtigt,** und da fordert man von uns Zusammenarbeit. Wir müssen solche Wünsche ablehnen und fordern Berücksichtigug der Arbeiterklasse, die allein die Lasten der Krise zu tragen hat. Der Wojewode hat unter meiner Adresse, bezüglich der Schulreform, die Frage aufgeworfen, dass meine Kritik verkennt, dass Fachleute an dem Projekt gearbeitet haben. Darauf kommt es uns nicht an, sondern, dass die schlesischen Gesetze geachtet werden, und wenn man Experimente machen will, dann braucht gerade Oberschlesien nicht das Versuchsfeld zu sein. Solche Operationen an der Allgemeinheit sind nicht zweckdienlich. Unsere Haltung zum Budget ist kritisch, weil wir den Optimismus nicht teilen können, der bei seiner Begründung zum Ausdruck gebracht worden ist.

Damit wurde die Budgetdebatte abgeschlossen und das Projekt nach vierstündiger Beratung der Budgetkommission überwiesen.

—o—

Zwei Opfer einer Revolverschiesserei

In der Nacht zum Sonntag, kam es gegen zwei Uhr nachts in Königshütte auf der Beuthenerstrasse zwischen einem Schliesser namens Richter und dem Magistratsbeamten Hoinca zu einem Wortwechsel der traurige Folgen nach sich zog. Hoinca versuchte im angeheiterten Zustande den Schliesser zu provozieren und warf ihm Mangel an polnischer Gesinnung vor. Im Verlauf der Auseinandersetzungen wollte Hoinca Richter schlagen, worauf dieser seinen Revolver zog und mehrere Schüsse abfeuerte. Einer traf Hoinca in den Bauch, ein weiterer Schuss ging durch ein Fenster, wo die Frau des Zollbeamten Walke dem Streik der Männer zusah. Sie erhielt gleichfalls einen Bauchschuss. Durch die Schiesserei veranlasst, traf schliesslich Polizei und Rettungsmannschaft ein und brachte die Schwerverletzten ins Krankenhaus und den Schliesser ins Gefängnis. An dem Aufkommen der Opfer wird gezweifelt.

Wichtig für die Kriegsverletzten und Kriegerhinterbliebenen

ist die Mitteilung, dass sich die Gerüchte über die Auflösung eines Verbandes nicht auf den deutschen alten Wirtschaftsverband beziehen. Dieser Verband ist seit 1920 gerichtlich eingetragen und darf seine Tätigkeit unbehelligt weiter ausüben. Dagegen hat es die **Arbeitsgemeinschaft der Kriegsopfer verabsäumt,** sich gerichtlich **eintragen zu lassen und da** die Polizeidirektion es abgelehnt hat, diesen Verband zu registrieren, so ist er genötigt, seine Tätigkeit einzustellen. Die von dieser Einstellung betroffenen Kriegsopfer können sich, soweit sie der deutschen Minderheit angehören, alsbald bei dem alten Wirtschaftsverbande (Vorsitzender: Direktor Kotterba) zur Aufnahme melden.

Aus Gross-Kattowitz

Auskauf von Arbeiter-Wochenkarten. — Festsetzung des Teuerungsindex einer Arbeiterfamilie. — Der neue Kohlenwert zur Errechnung der Versicherungsbeiträge. — Von der diesjährigen Kohlenaktion an Stadtarme

Die Kattowitzer Eisenbahndirektion weist auf die geltenden Bestimmungen des neuen Personentarifs hin, wonach Arbeiter, die die Eisenbahn benutzen, sogenannte **Arbeiter-Wochenkarten** bezw. Arbeiterbilletts für die Hin- und Rückfahrt mit Hilfe der Arbeiter-Legitimationskarte, auskaufen können. Diese Legitimationskarte gilt für den Zeitraum eines halben Jahres und wird vom Arbeitgeber ausgestellt. Diese Karte muss enthalten: 1.) den Vor- und Zunamen des Antragstellers, 2.) den Wohnort (einschliesslich Strasse) des Antragstellers, sowie 3.) den Namen der Firma bezw. des Unternehmens, in welchem der Antragsteller beschäftigt ist. Damit kein Missgebrauch mit den Arbeiter-Legitimationskarten getrieben wird, ist anzuraten, diese unbedingt von den Behörden (Magistrat oder Gemeindeverwaltung) bestätigen zu lassen.

Die Paritätische Kommission zur Fortsetzung des Teuerungsindex einer Arbeiterfamilie, hat auf der letzten Sitzung folgende Aenderungen in den Unterhaltungskosten festgesetzt: Für Bekleidung, Beheizung, Wohnung, Licht, Lebensmittel usw. am 30 November 148,70 Złoty, und am 31. Dezember 147,64 Złoty. Demnach beträgt die Differenz 1,06 Złoty oder ein Sinken des Teuerungsindex um 0,71 Prozent.

Das städtische Versicherungsamt beim Magistrat Kattowitz hat zur Errechnung der Versicherungsbeiträge für das Jahr 1933, den Wert für eine Tonne Deputatkohle auf 25,09 Złoty festgesetzt.

Von der diesjährigen Kohlenaktion werden zusammen 1 300 Stadtarme erfasst. Bisher haben 300 Stadtarme Winterkohle erhalten. **Mit der** weiteren Verteilung ist am Montag begonnen worden. Das Kohlenquantum beträgt pro Person und Familie 10 Zentner. Die Abfuhr der Kohle erfolgt kostenlos und zwar bis vors Haus der Kohlenempfänger.

Aus Königshütte und Umgebung

Aufruf an die Bürgerschaft von Königshütte!

In Verbindung mit der Durchführung der Sicherheiten betreffend des Gasschutzes in der Stadt, werden alle Hausbesitzer und Einwohner in **der Stadt ersucht, an den** Vorbereitungen und ausführenden Arbeiten regen Anteil zu nehmen. Und dies umsomehr, nachdem die Stadtverwaltung anteilmässig an der Zentrale in Warschau angeschlossen ist. In der nächsten Zeit werden entsprechende Kurse für die Zivilbevölkerung abgehalten.

Um den verschiedenen Vorschriften der Hauptstelle für Gasschutz zu genügen, werden die Hausbesitzer unnd Verwalter ersucht, die Mieter anzuhalten, dass auf den Böden kein Holz, Papier, Stroh und andere leichtbrennende Sachen aufbewahrt werden. Die Aufforderung erstreckt sich auch auf die baupolizeilichen Vorschriften. In der nächsten Zeit werden noch besondere Ausschüsse Kontrollen in den Wohnhäusern und ganz besonders auf den Böden vorgenommen. Die hierzu Beauftragten werden mit Ausweisen, versehen von der Polizeidirektion ausgestattet sein und haben sich auf Verlangen zu legitimieren.

Es wird darauf hingewiesen dass es im eigenen Interesse aller Bürger liegt, sich an den Abwehrmassnahmen zu beteiligen, damit ihr Hab und Gut gesichert wird. In dieser Angelegenheit werden alle Auskünfte im Rathaus, Zimmer 134 erteilt.

Königshütte kündigt 500 Mann der Belegschaft

Die Verwaltung der Königshütte hat 500 Mann aus den verschiedenen Betrieben Kündigungen zugestellt, trotzdem am Jahresanfang an die 500 Mann in Turnusurlaub auf die Dauer von drei Monaten geschickt wurden. Vor einigen Wochen hat der Demobilmachungskommissar der Königshütte die Genehmigung erteilt, 180 Mann der Belegschaft entlassen zu dürfen. Da die Zahl der Entlassenen noch nicht erreicht ist, sollen von den 500 Gekündigten die fehlenden die Abkehrscheine erhalten. Der Demo wird in dieser Angelegenheit von der Arbeitervertretung um eine Verhandlung angegangen.

Aenderung in der Arbeitslosenunterstützungszahlung. Durch eine Verordnung des Ministeriums wurde in ganz Polenn ein einheitliches System in der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützungen eingeführt. Im Zusammenhang damit, gibt das Arbeitslosenamt in Königshütte bekannt. dass von **jetzt ab die Auszahlung** der Unterstützungen **alle zwei Wochen** erfolgt. Die Kontrolle dagegen, bleibt nach wie bisher bestehen und wird an jedem **Dienstag und Freitag** von 8—12 Uhr an der bekannten Stelle durchgeführt.

Deutsches Theater. Donnerstag, den 25. Januar 20 Uhr abends, kommt als 7. Abonnementsvorstellung das Lustspiel **„Das Konzert“** von Bahr zur Aufführung. Der Vorverkauf hat begonnen.

Aus Siemianowitz und Umgebung

Der falsche Kohlenhändler. Einen Warschauer Geschäftsmann I. Laskowski arg betrogen hatte der Adolf Sowislo aus Siemianowitz, indem er mit diesem Kohlenlieferungen vereinbarte. Laskowski händigte dem S. die Summe von 1075 Złoty als Anzahlung auf die Kohlensendungen aus. Als nun längere Zeit nach dem vereinbarten Geschäft keine Kohlen in Warschau eintrafen, kam Laskowski wieder nach Siemianowitz, um sich nach der Verzögerung der Transporte zu erkundigen. Zu seinem Schreck musste er feststellen, dass er einem Gauner in die Hände gefallen war. Sowislo dachte nicht mehr an die Kohlensendungen, sondern verschwand mit dem Gelde nach dem deutschen Vaterlande. L. erstattete über den Betrug Anzeige bei der Polizei.

Vom Arbeitslosenamt. Am Donnerstag wurde an hiesige Arbeitslose bei der Unterstützungszahlung Sohlenleder verteilt.

Die ersten Schichten in der Laurahütte. Anfang der vergangenen Woche hat das nahtlose Rohrwerk die Arbeit aufgenommen. Im Verzinkereibetrieb ist ebenfalls in vergangener Woche in einzelnen Teilbetrieben mit der Arbeit begonnen worden.

Entlassungen in Sicht. Es verbreitet sich das Gerücht, dass die Richterschächte im Frühjahr zu grösseren Entlassungen schreiten sollen. Nachdem vor drei Monaten die gute Konjunktur einsetzte, haben die Grubenherren sehr grosse Projekte gehabt. Da sollte die grosse Sieberei modern technisch umgebaut werden, man wollte die Förderung vom Ficinusschacht unter Tage aufnehmen und noch sonst die Produktion rationalisieren. Die Herren haben nur den Fehler, dass sie nicht begreifen lernen, dass unter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung niemals mehr geordnete wirtschaftliche Zustände eintreten werden. Einstweilen ist das Gerücht der Entlassungen nur ein Schreckschuss, um die Arbeiter zu noch grösseren Leistungen anzutreiben, damit der Profit noch fetter wird.

Aus Bielitz, Biala und Umgebung

Der Arbeiter muss organisiert sein

Der Unorganisierte hat keinen Anspruch auf die Errungenschaften der Gewerkschaften

In den letzten Tagen hat der oberste Gerichtshof ein Urteil gefällt, das von kolossaler Bedeutung für Arbeiter, aber auch für Unternehmer ist.

In dem elektrotechnischen Büro der Brüder Burkowski in Lodz war ein Arbeiter namens S. Gwiazda beschäftigt, der zu seiner Unzufriedenheit feststellte, dass er einen geringeren Lohn ausgezahlt erhielt, als er im Lohntarif festgesetzt war, nach welchen alle übrigen Arbeiter entlohnt wurden. Der betreffende Arbeiter forderte die Beseitigung dieser ungleichen Behandlung und die Nachzahlung der Differenz für die vergangene Zeit. Als die Firma dies ablehnte, klagte der Arbeiter dieselbe beim Arbeitsgericht. Das Arbeitsgericht sowie auch das Kreisgericht als zweite Instanz anerkannten die Ansprüche des Arbeiters und verurteilten die Firma zur Zahlung von Zl. 500,00.

Die Firma reichte die Kassationsklage an den obersten Gerichtshof ein und ersuchte um Zurückziehung dieses Urteils mit der Begründung, dass der Arbeiter Gwiazda kein Recht hat, die Vorteile aus dem Lohntarif zu ziehen, da er keiner von den Gewerkschaften angehört, die den Lohntarif abgeschlossen und unterzeichnet haben.

Der oberste Gerichtshof neigte zu dieser Ansicht und gab folgende Erklärung ab:

Die Vorteile eines Lohntarifes gebühren nicht demjenigen, der um dieselben nicht gekämpft hat. Wenn der Arbeiter keiner Gewerkschaft angehört hat, welche den Lohnvertrag unterzeichnet haben, so verpflichtet auch die Konsequenz des Lohnvertrages nicht den Unternehmer zum Einhalten der Lohnsätze gegenüber dem betreffenden Arbeiter.

Aus dieser Erklärung ist ersichtlich, dass in Zukunft kein Unorganisierter hinter dem Rücken der organisierten, und um ihre Rechte kämpfenden Arbeitskollegen sich abseits drücken können wird, um dann ruhig die Früchte dieser schweren Kämpfe mitzugeniessen.

Ein ähnliches Urteil wurde schon vor etlichen Jahren gegen einen Lehrer einer Privatschule, der als Streikbrecher sich betätigte, gefällt. Derselbe lehnte die Beteiligung am Streik seiner Kollegen um Gehaltserhöhung ab und verurteilte das Vorgehen in der Oeffentlichkeit. Als aber der Kampf der streikenden Lehrer siegreich beendet wurde, verlangte der Streikbrecher dieselbe Gehaltserhöhung und ging zu Gericht, als ihm diese von seinem **Unternehmer verweigert wurde.** Das Gericht **stand damals auf dem Standpunkt, dass der Streikbrecher kein Mitbenützungsrecht an den Erfolgen der Streikenden habe.**

Das Urteil in der Sache Gwiazda dehnt sich auch auf alle **„Neunmalweisen“** aus, welche zugunsten der Arbeiterorganisation keine Opfer bringen wollen, nicht einmal in Form eines Mitgliedsbeitrages, dabei aber der Ansicht huldigen, dass wenn es die „Anderen“ machen werden, er auch dabei gewinnen wird und obendrein bleibt ihm noch das Geld für die nicht geleisteten Mitgliedsbeiträge. Dabei hat doch der Herr Prinzipal solche lieber, welche nicht der Organisation angehören.

Darum: **Hinein in die Gewerkschaft!**

Arbeiter-Gesangverein „Freiheit“ Lipnik veranstaltet am Samstag, den 27. I. 1934 einen Maskenball im Restaurant Englert. Eintritt 99 Gr. Maskierte 75 Gr. Anfang 7,30 Uhr abends. Kassenereöffnung 7 Uhr abends.

Alle Freunde und Gönner werden herzlichst eingeladen.

Nickelsdorf. (Bunter Faschingsabend bei Genser.) Samstag, den 27. Jänner veranstalten der A. G. V. „Eintracht“ und die „Freie Turnerschaft“ im Saale des Herrn Genser einen Bunten Faschingsabend. In den Tanzpausen gesangliche und humoristische Vorträge. Beginn 8 Uhr abends. Eintritt 99 Gr., an der Kasse 1,20 Zl.

Alle Genossen und Freunde dieser Vereine werden zu der Veranstaltung herzlichst eingeladen.

Verein Sterbekassa in Bielsko

Wir geben unseren Mitgliedern bekannt, dass das Mitglied Nr. 48 Herr Leupold Karl Adam aus Kamienica am 17. Jänner im 75. Lebensjahre verstorben ist.

Ehre seinem Andenken.

Die 187. Marke ist zu bezahlen.

Wir ersuchen unsere Mitglieder höflichst, die fälligen Sterbebeiträge ehestens einzahlen zu wollen, damit uns bei Auszahlung weiterer Sterbeunterstützungen keine Schwierigkeiten entstehen.

AUS DER THEATERKANZLEI

Dienstag, den 23. I. ist in Serie gelb die Erstaufführung der Operette **„Der Vogelhändler“.** Für den erkrankten Herrn Lagrange hat Herr Habel die Rolle des Adam übernommen.

Mittwoch, den 24. und Freitag, den 26. Februar wird **„Der Vogelhändler“** in Serie blau, bezw. rot wiederholt.

Die unbedingt letzten Aufführungen der Operette „Der Vogelhändler“ finden Sonntag, den 28. d. Mts. statt, und zwar nachm. um 4 Uhr als Fremdenvorstellung und abends um 8 Uhr als Abonnementvorstellung der Serie grün.

Herausgeber: Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei in Polen Bezirk Oberschlesien Katowice, Dworcowa 11 Schriftleitung Johann Kowoll, für den Inhalt und Inserate verantwortlich: Theodor Raiwa, beide in Katowice, Dworcowa 11
Druck: „Drukarnia Ludowa“, Spółdz. z odp. udz., Katowice